

Einladung zu einem Runden Tisch

**An alle Gruppen, Initiativen und Parteien, die sich für das Ziel der verfassungsgesetzlichen Regelung der »dreistufigen Volksgesetzgebung« [Initiative, Begehren, Entscheid] gem. GG Art. 20 Abs. 2 engagieren.
TOP: Vorbereitung eines – vielleicht gemeinsamen? – Projektes**

**Liebe Freunde, liebe der Volkssouveränität verpflichtete Demokraten
in der Bundesrepublik Deutschland und in den europäischen Nachbarländern!**

1. Verschiedene in der BRD medial recht gut beachtete politische Ereignisse im Juni und Juli diesen Jahres – Bundespräsidentenwahl und zwei Volksentscheide auf Länderebene – haben dem Thema »mehr direkte Demokratie« auch in der Öffentlichkeit mal wieder stärkere öffentliche Beachtung gebracht.

Im Vorfeld der Bundestagswahl im Sommer des letzten Jahres hatte die Initiative »Volksgesetzgebung jetzt« das Thema der »dreistufigen Volksgesetzgebung« mit einer »Gretchenfrage« an alle Bundestagswahlkandidaten ins Spiel gebracht und an den dann gewählten 17. Deutschen Bundestag zum 9. November 2009 eine Petition eingereicht [Näheres dazu auf der Webseite www.volksgesetzgebung-jetzt.de/petition-2009]. Sie wurde bisher im Ausschuss noch nicht behandelt und liegt zur Zeit zur Stellungnahme beim Innenministerium des Bundes. Inzwischen hat im März diesen Jahres – allerdings ohne sich mit der die Petition tragenden zivilgesellschaftlichen Initiative zu verständigen – DIE LINKE einen Gesetzentwurf zur »dreistufigen Volksgesetzgebung« im Bundestag eingebracht. Der Entwurf stammt im wesentlichen aus einem früheren Jahr [<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/011/1701199.pdf>]. Diese Fraktion setzt sich bereits seit 1994, damals in Konsultation mit der *Demokratie-Initiative 94*, für dieses Ziel ein. Neuerdings hat auch der SPD-Vorsitzende *Sigmar Gabriel* via BILD-Interview für »mehr Volksentscheide« plädiert, ohne daran zu erinnern, dass ja auch seine Partei schon 1994 eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundestag zur Abstimmung brachte. Wie sich im Zusammenhang des Aufflommens der jüngsten Debatte auch führende Bündnis-Grüne [auch ohne Bezugnahme auf die aktuelle Petition] für die Volksgesetzgebung auf Bundesebene aussprachen [die Grünen sind ja seit 1988 schon Unterstützer der »Dreistufigen«; wie im außerparlamentarischen Feld neben der Initiative »Volksgesetzgebung jetzt«, von welcher diese Bewegung 1983/84 mit einer ersten Petition ausging, seit 1986/87 auch der Verein »Mehr Demokratie« und die aus einem Kreis von Beuys-Schülern und -Freunden 1988 entstandene gemeinn. GmbH »Omnibus für direkte Demokratie in Deutschland, beides sozusagen Subgründungen von Aktivisten der damaligen Ursprungsinitiative [Gerald Häfner, Brigitte Krenkers, Herbert Schliffka, Johannes Stüttgen], sich für dieses Ziel engagieren. Hier wären weitere nicht genannte Organisationen oder Gruppen hinzuzufügen. – Inzwischen hat im Bundestag zum Antrag der LINKEN vom 24. 3. 2010 am 8. Juli die erste Lesung mit einer 45-minütigen Debatte stattgefunden. Wir werden andernorts darauf eingehen.

[www.volksgesetzgebung-jetzt.de/pdf/2010-bt_17055_pp-vgg-top7.pdf und www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/30530907_kw27_de_volksgesetzgebung/index.html].

2. Nun hat unter anderen Medienträgern im Zusammenhang dieser neu entfachten Debatte ums Plebiszit die ARD in ihrem DeutschlandTrend fürs Morgenmagazin am 23. Juli das Ergebnis publiziert, dass »drei von vier Deutschen mehr Volksabstimmungen auf Bundesebene wollen«. Im Netz hat die ARD in ihrem Format meta.tagesschau.de unter dem Titel »Mehrheit für mehr direkte Demokratie« eine Diskussions-Seite eröffnet [<http://meta.tagesschau.de/id/38702/mehrheit-fuer-mehr-direkte-demokratie>]. Seither läuft an dieser Stelle eine rege Debatte über das Für und Wider zum Element der plebiszitären Demokratie. Und weil dabei bereits mehrere gute Ideen und Vorschläge aufgetaucht sind, wie man »Nägel mit den richtigen Köpfen« machen könnte, halten wir es für geboten, diesen »Wind« aufzunehmen und möglichst gemeinsam die Segel zu setzen. Um dann vielleicht im nächsten Jahr dem 21. Jahrestag der »deutschen Einheit« jenen *basisdemokratischen* Akzent hinzuzufügen, welcher der »friedlichen Revolution« im Herbst 1989 leider gefehlt hatte. Obwohl doch die Devise »Wir sind das Volk« [aus *Ferdinand Freiligraths* Revolutionsgedicht »Trotz alledem« von 1848] die Aufforderung hätte sein müssen, nicht nur die *parlamentarische*, sondern auch die *plebiszitäre*, also die *komple-*

mentäre Demokratie zu erobern [wie sie das GG auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009, RdNr 211 in seinem Artikel Abs. 20.2 festlegt], und damit die Herbstrevolution 1989 in der DDR gleich als *gesamtdeutsche* zu vollenden.

3. Ist es im 20. Jahr der »deutschen Einheit«, aber der zugleich unvollendet gebliebenen Revolution, jetzt nicht der genau richtige Zeitpunkt, das Versäumte bewusst zu machen, um darüber in denkbar größter Öffentlichkeit die breite und tiefe Diskussion zu beginnen und dann das Versäumte im 21. Jahr nachzuholen, wenn heute schon »öffentlich-rechtlich« verkündet wird, dass »drei von vier Deutschen« genau dies wollen [s.o.]. Verständlich: Denn »Volksabstimmung auf Bundesebene« – eingebettet als letzte Stufe der »dreistufigen Volksgesetzgebung« – ist nichts anderes als der Wille zur Vollendung der »Freiheitsrevolution« von 1989 durch die zeit- und demokratiegemäße verfassungsrechtliche Verankerung wahrer Volkssouveränität. [Auf der genannten Webseite der ARD werden für eine solche Perspektive bereits erste interessante Vorschläge gemacht, wie das in Gestalt eines »sozialen Gesamtkunstwerks« zu realisieren wäre; siehe a. a. O. *Praeceptor*, Do. 29. 7. 2010, 17:57].

4. Wir meinen, dass das um so eher gelänge, wenn jetzt alle in diese Richtung politisch wollenden Kräfte der Bundesrepublik sich koordinieren würden, um in einem ersten Schritt am runden Tisch grundsätzlich zu beraten, ob ein solches Projekt realisiert werden und wie es konkret aussehen könnte. Als Anregung für das zu Beratende seien hier zunächst drei Ausgangsfragestellungen genannt:

- ➔ Wenn wir zum 9. November 2011 einen **VOLKSENTSCHEID** zur dreistufigen Volksgesetzgebung anstreben würden [er müsste, des Sonntags wegen, am 13. 11. stattfinden]: Wäre es dann ein der Sache angemessener Vorschlag, dafür *vier Entwürfe* zur Abstimmung zu bringen – zwei aus dem Parlament und zwei von Seiten der Zivilgesellschaft?
- ➔ Wie wird über die Idee gedacht, – in Anknüpfung an das »Hambacher Fest« von 1832, also aus der Zeit der Morgenröte der deutschen Demokratiegeschichte – eine solche Ur-Abstimmung mit einem bundesweiten, dezentral zu feiernden **VOLKSFEST** zu verbinden?
- ➔ Wie könnten wir durchsetzen, dass wenigstens in den öffentlich-rechtlichen Anstalten verbindlich – gem. ihrem Informations- und Bildungsauftrag – mindestens ein Vierteljahr vor der Abstimmung eine **VOLKSDISKUSSION** über das Für und Wider der zur Abstimmung kommenden Vorschläge unter mitmoderierender Beteiligung von Vertretern/Vertreterinnen aus der Zivilgesellschaft, den Bundestagsfraktionen und der Sendeanstalten stattfinden kann?

Außerdem müssten natürlich zahlreiche weitere Fragen besprochen werden, um zu einer optimalen Realisierung der Idee zu kommen – wenn man sie realisieren wollte.

5. Um jetzt in der Ferienzeit einen nicht zu frühen Termin für einen ersten Runden Tisch vorzuschlagen, könnte aus unserer Sicht das letzte August-Wochenende, also der 28. und 29. 8. [Sa. 14h bis So. 12h, Anreise auch schon freitags möglich – Anmeldung: www.volksgesetzgebung-jetzt.de/anmeldung] geeignet erscheinen. Wir könnten an diesem Wochenende das Humboldt-Haus des Internationalen Kulturzentrums Achberg [8 km nördl. Lindau], den Ort, von dem 1983/84 die neue Bewegung für direkte Demokratie durch Volksgesetzgebung in Deutschland ausging, zur Verfügung stellen [hier können bis zu 50 Teilnehmer gepflegt und untergebracht werden]. Natürlich ist es den eingeladenen Gruppen, Initiativen und Organisationen überlassen, wer aus ihren Reihen am Runden Tisch teilnehmen will. Wir bitten jedoch um *baldige Anmeldung*, damit wir den Bedarf und die vorhandene Kapazität aufeinander abstimmen können.

6. Schließlich bitten wir alle Eingeladenen, diesen Initiativbrief möglichst ohne längere Verzögerung an ihre Verteileradressen weiterzuleiten. Selbstverständlich sind auch alle Freunde der direkten Demokratie aus unseren europäischen Nachbarstaaten zur Beratung und Mitwirkung eingeladen. Soll es doch wie 1832 um ein europäisches Ereignis gehen.

6. August 2010

communication@volksgesetzgebung-jetzt.de